

## **Änderungsanträge an den Antrag des Bezirksvorstands “Neukölln 2026: Gemeinsam sind wir stark! Wahlstrategie Die Linke Neukölln für die Wahlen 2026”**

### **ÄA1:**

**Antragstellerin: BO-Reuterkiez**

Die MVV Neukölln möge beschließen:

Zeile 27 vor dem letzten Satz ergänzen:

„ Unser Ziel ist die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft“

---

### **ÄA2:**

**Antragstellerin: BO-Reuterkiez**

Die MVV Neukölln möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 76:

„Wir verbinden in unserem Wahlkampf den Einsatz für konkrete Verbesserungen im Hier und Jetzt mit der Propagierung einer sozialistischen Alternative. Wir benennen den Kapitalismus als Ursache der vielen Missstände und treten selbstbewusst für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft ein. Eine Aufgabe einer sozialistischen Partei ist es auch, die Entwicklung von sozialistischem Bewusstsein in der Arbeiter\*innenklasse und unter Jugendlichen bei allem, was sie macht, zu fördern“

---

### **ÄA3:**

**Antragstellerin: BO-Reuterkiez**

Die MVV Neukölln möge beschließen:

Zeile 103 bis 113 ersetzen durch:

Der Bezirksverband setzt sich dafür ein, dass der Landesverband ein radikales, klassenkämpferisches und sozialistisches Wahlprogramm beschließt. Dieses muss weitreichende soziale Verbesserungen für die Bevölkerungsmehrheit beinhalten, die Lösungen über das kapitalistische System hinaus anbieten. Folgende wesentliche Eckpunkte schlagen wir dazu vor:

- die Rücknahme aller Privatisierungen und Kürzungen der letzten Jahre
- die Umsetzung des Volksentscheides zur Enteignung der Immobilienkonzerne und die Verteidigung des Volksentscheid zur Erhaltung des Tempelhofer Felds.
- die sofortige Einführung einer Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich im öffentlichen Dienst – um einen Personalausgleich zu ermöglichen, müssen Löhne und Arbeitsbedingungen

verbessert, der öffentliche Dienst unter Kontrolle von Beschäftigten und Gewerkschaften reorganisiert und massiv in Ausbildungskapazitäten investiert werden

- massive Investitionen und Aufbau von mehr Personal im öffentlichen Dienst, u.a. in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Integration, Kultur und Soziales
- Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und Einführung eines kostenlosen ÖPNV, zusammen mit der Entwicklung neuer ökologischer Mobilitätskonzepte für die Stadt, die sozialverträglich sind
- ein umfangreiches Bauprogramm der städtischen Wohnungsbaugesellschaften für günstigen kommunalen Wohnraum, sofortige Senkung und Deckelung der Mieten auf ein kostendeckendes Niveau von 5,50 €/m<sup>2</sup> kalt in allen kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Einführung eines Mietendeckels bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften als ersten Schritt, um gemeinsam mit Mieter\*inneninitiativen, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften den Kampf aufzunehmen, den Mietendeckel für alle Wohnungen zu erkämpfen
- Stopp von Zwangsräumungen und -umzügen und ein Sofortprogramm zur Abschaffung von Obdach- und Wohnungslosigkeit
- die Aufstellung eines bedarfsgerechten Haushalts, der die Bedürfnisse der Berliner Beschäftigten, Mieter\*innen, Jugendlichen, Rentner\*innen und sozial Benachteiligten in den Mittelpunkt stellt
- Maßnahmen, welche die Haushaltslage auf Kosten der Super-Reichen, Banken und Konzerne verbessern: u.a. deutliche Gewerbesteuererhöhung, Stopp unnötiger und teurer Prestigeobjekte (z.B. Olympiabewerbung und A100-Ausbau), Stopp der Zinszahlungen an die Banken. Forderung an den Bund, mehr Geld für Länder und Kommunen bereitzustellen, u.a. durch höhere Steuern auf große Vermögen, Gewinne und Erbschaften
- ein Nein zu allen Abschiebungen und Einsatz für gleiche Rechte für alle hier Lebenden.

Die Linke sollte ihren Wähler\*innen und allen Berliner\*innen erklären, dass sie bereit ist, für solch ein Programm zu regieren. Aber sie sollte auch erklären, dass eine solche Regierung etwas völlig Neues wäre und sich von allen bisherigen unterscheiden müsste.

Verbesserungen müssen zusammen mit Druck aus Betrieben, Unis und Schulen erkämpft werden – gegen den Widerstand der Banken und Konzerne, der Bundesregierung, der bürgerlichen Presse, etc.

Die Linke sollte daher auch erklären, dass sie sich nur an einer Regierung beteiligt, die sich mit dem Kapitalismus anlegt; die also zu Widerstand und Massenprotesten in Berlin und anderen Bundesländern aufruft, um wirkliche Verbesserungen zu erkämpfen. Sie sollte dafür eine „Koalition“ mit Gewerkschaften, Belegschaften, Mietenbewegung und sozialen Organisationen anstreben und Wege finden, ihre Politik im Dialog mit der arbeitenden Bevölkerung zu erarbeiten und zu beschließen. Das ginge zum Beispiel durch entscheidungsbefugte Versammlungen demokratisch gewählter Vertreter\*innen der Gewerkschaften, Belegschaften und breiteren arbeitenden Bevölkerung, durch Stadtteilversammlungen, Versammlungen an Schulen und Universitäten etc.

Linke-Vertreter\*innen in Parlament und Regierung sollten sämtliche Diäten und Bonusbezüge, die über einem durchschnittlichen Facharbeiter\*innenlohn liegen, an den Aufbau einer solchen Bewegung abführen. Die Partei sollte so zeigen, dass Verbesserungen erkämpft werden können, ohne zu vergessen zu erklären, dass sie im Rahmen des

Kapitalismus immer gefährdet bleiben und es deshalb eine sozialistische Veränderung fernab der Profitlogik und Konzernmacht geben muss.

---

**ÄÄ4:**

**Antragstellerin: BO-Reuterkiez**

Die MVV Neukölln möge beschließen:

Entweder nach ÄÄ2 oder, im Falle einer Ablehnung von ÄÄ2, nach Zeile 113 einfügen:

Solch eine Politik ist im Bündnis mit pro-kapitalistischen Parteien undenkbar. Wir lehnen gemeinsame Regierungen mit pro-kapitalistischen Parteien, einschließlich SPD und Grünen, daher ab.

---

**ÄÄ5:**

**Antragstellerin: BO-Reuterkiez**

Die MVV Neukölln möge beschließen:

An ÄÄ4 anschließend:

Das bedeutet nicht, dass Die Linke eine Abwahl der CDU blockieren müsste, wenn das Wahlergebnis dies ermöglicht. Ebenso wenig verantwortet die Linke mit dieser Haltung eine Regierungsbeteiligung der AfD. Sollten SPD, Grüne und Linke zusammen eine parlamentarische Mehrheit haben, könnte Die Linke SPD und Grünen anbieten, eine rot-grüne Minderheitsregierung ins Amt zu bringen. Partei und Fraktion könnten dann jedes Gesetz dieser Regierung per Einzelfallentscheidung danach beurteilen, ob es eine Verbesserung oder Verschlechterung für die arbeitende Mehrheit darstellt, und entsprechend abstimmen.